

**Antrag: A-7**  
**Antragsteller: AfA UB Frankfurt**  
**Betreff: Ersatz der Luftverkehrssteuer durch eine Abgabe zur Förderung des Schutzes von Flughafenanliegern vor den schädlichen Auswirkungen des Flughafenbetriebes**

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Der Vorstand des SPD Unterbezirks wird aufgefordert folgenden Beschluss auf den weiteren Ebenen  
3 der Partei (Bezirk, Land Bund) in den jeweiligen Beschlussgremien vorzulegen und zur Abstimmung  
4 zu bringen:

5 Die Luftverkehrssteuer wird zum nächsten möglichen Termin abgeschafft. An Stelle der  
6 Luftverkehrssteuer wird eine Abgabe etabliert, deren Einnahmeumfang der bisherigen  
7 Luftverkehrssteuer entspricht.

8 Die entstehenden Einnahmen sollen zukünftig zweckgebunden dafür verwendet werden, Maßnahmen  
9 umzusetzen, die dem Zweck dienen die vielfältigen Belastungen von Flughafenanrainern durch den  
10 Betrieb von Verkehrsflughäfen nachhaltig zu reduzieren.

11 Die exakte Ausgestaltung einer solchen Abgabe, sowie die Festlegung förderungswürdiger  
12 Maßnahmen sowie der jeweilige Anteil einer Förderung ist in einem fachlichen Dialog unter  
13 Einbeziehung von anerkannten Fachleuten der Luftfahrtbranche und Betroffenen zu beschreiben.

14 Begründung:

15 Die Luftverkehrssteuer fließt ohne Zweckbindung in den Bundeshaushalt. Die hierbei generierten  
16 Mittel sollten aber direkt den Betroffenen zugute kommen.

17 Die vorgeschlagene Änderung dient dem Zweck das Geld, einer in einem überaus harten Wettbewerb  
18 stehenden Industrie dazu zu verwenden, den Teil der Bevölkerung besser vor den schädlichen  
19 Auswirkungen dieser Industrie zu schützen.

20 Die einfache Festlegung einer zweckgebundenen Verwendung der Mittel in Höhe der bisherigen  
21 Luftverkehrssteuer bedeutet noch keine Reduzierung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel.  
22 Im Gegensatz dazu besteht durch die finanzielle Unterstützung notwendiger Maßnahmen zum Schutz  
23 der Bevölkerung die Möglichkeit das Volumen hierfür insgesamt deutlich zu erhöhen.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Ablehnung